# Marburger Parteien hofieren NDB-Burschenschaften

Von Casimir de Rosagrano und Johannes Pfaff

Am 03.03.2011 lud die Marburger Burschenschaft Arminia unter dem Veranstaltungstitel "Kommunalwahl 2011 in Marburg" die lokale Politikprominenz auf ihr Haus im Wehrdaer Weg ein, um den Parteien eine Plattform zu bieten, ihre Wahlprogramme vorzustellen. Die fünf großen etablierten Parteien (SPD, CDU, FDP, Grüne, Linke) folgten dieser Einladung und fanden sich zur Podiumsdiskussion ein. Sie boten somit reaktionären Studentenverbindungen eine politische Plattform.

Die Arminia Marburg aus dem Dachverband der Neuen Deutschen Burschenschaft (NDB) ist keine harmlose Ansammlung von Studenten. Die Verbindungen der NDB haben sich Mitte der 90er Jahre von der völkisch-nationalistischen Deutschen Burschenschaft (DB) abgespalten. Ihrem Selbstverständnis nach handelt es sich um liberale Burschenschaften. Das Vaterland bleibt jedoch Dreh- und Angelpunkt ihres reaktionären, wenn auch nicht extrem rechten, Weltbildes. Im Marburger Waffenring ist die Arminia weiterhin gemeinsam mit Burschenschaften des extrem rechten Dachverbandes DB organisiert. Der Marburger Waffenring ist ein Zusammenschluss von schlagenden Verbindungen, in dem zum Beispiel Partner für Fechtduelle gesucht und vermittelt werden.

Ohnehin ist die Distanz der ND-Bler zur DB nicht konsistent. So äußern sich Teile der Altherrenverbände aus dem NDB-Lager in der aktuellen Ausgabe (29) des NDB-Blattes academicus hoffnungsvoll, wieder eine Vereinigung aller Bur-



Parteienvertreter werben bei der Burschenschaft Arminia um Wähler\_innenstimmen. [Hüttmann]

schenschafter (DB und NDB) in den nächsten Jahren verwirklichen zu können. Den Zankapfel des Vaterlandsbegriffs hoffen einige Alte Herren über einen kulturbezogenen Vaterlandsbegriff beseitigen zu können.

#### "stacheliger werden"

Ein Alter Herr der Burschenschaft Markomannia Kaiserslautern (NDB) deutet in dieser Ausgabe zudem seine Vorstellungen über das Idealbild des deutschen Burschenschafters an, der vor allem im Stile eines Soldaten wehrhaft in jeder Hinsicht zu sein habe. Denn seiner Meinung nach hat die größte Überzeugungskraft auf den politischen Gegner immer noch die physische Einwirkung: "Die Anzahl der scheinintellektuellen "Maulhelden" nimmt rapide ab mit der Zunahme

der Wahrscheinlichkeit fühlbaren körperlichen Schmerzes." Deshalb forderte er, dass neben dem Fechten auch zumindest kontemplative Kampfkünste gelehrt werden sollen, um "schlagkräftigere Argumente als die kaum mehr ernst zu nehmenden" (gemeint sind die verbalen) zu haben.

Es ist insbesondere bedenklich, dass Parteien, die sich ansonsten sogar als "links" gerieren, diesen rechten Burschenschaften eine Möglichkeit liefern, sich als unbedenkliche gesellschaftliche Diskussionspartner darzustellen. Letztlich ist solch ein Zusammentreffen eine Werbeveranstaltung für die NDB-Burschenschaften, die von den etablierten Parteien als diskursfähig anerkannt werden. Es wird dadurch Legitimität für Verbindungen und ihr reaktionäres Weltbild geschaffen.

# Marburger Politikwissenschaft verabschiedet sich von Faschismusforschung?

Von Markus Hermann

Am Institut Politikwissenschaft der Universität Marburg wird aus einer W2 eine höher dotierte W3 Professur gemacht, eigentlich kein ungewöhnlicher Vorgang, aber trotzdem regt sich immer mehr Widerstand dagegen. Denn bei genauerem Hinsehen zeigen sich nicht nur einige Ungereimtheiten, sondern es macht den Anschein, als würde hier ein politischer Kampf, der vor einigen Semestern begonnen wurde, entschieden werden.

Die betreffende Person ist Prof. Dr. Peter Henkenborg, der momentan die Professur für Didaktik der politischen Bildung und Rechtsextremismus als Problem der politischen Bildung inne hat. Die Berufung Henkenborgs im Jahr 2006 war schon umstritten. So wurde durch seine Berufung der geltende Frauenförderplan übergangen. Der inhaltliche Zuschnitt der Professur war ein in der Berufungskommission gefundener Kompromiss, der darauf abzielte einen Teil der Tradition des Institutes für Politikwissenschaft Marburg zu erhalten. Denn mit Reinhard Kühnl ist ein renommierter Faschismusforscher emeritiert worden und seine Professur sollte neu besetzt werden. Zwar handelte es sich nun nicht mehr um eine Professur im Bereich der Faschismusforschung, aber der (wenn auch hoch problematische) Begriff des Rechtsextremismus hat zwei Vorteile für die Professur. Zum einen sichert er, dass die Beschäftigung mit faschistischen Phänomenen weiterhin stattfinden kann und diese wichtige Tradition des Institutes nicht ganz verloren geht, zum anderen macht es deutlich, dass Didaktik der politischen Bildung nicht ohne Problematisierung von Rechtsextremismus zu denken ist.

Im Sommersemester 2010 bekam Henkenborg einen Ruf an die Universität Frankfurt am Main, worauf er Bleibeverhandlungen mit der Uni Marburg begann. Die eigentlichen Verhandlungen wurden in der vorlesungsfreien Zeit geführt. Für das Institut Politikwissenschaft war Prof.



Verschwindet mit der alten PhilFak auch die linke Tradition der Marburger Politikwissenschaft?

Dr. Ursula, Birel, in Vertretung, für

Dr. Ursula Birsl, in Vertretung für Prof. Dr. Bettina Westle, beteiligt. An dieser Stelle wurden weder die Student\_innen, noch der universitäre Mittelbau in den Vorgang eingebunden. So wurde erst Monate später bekannt, welche Ergebnisse diese Verhandlungen gebracht haben. Erst über informelle Kontakte wurde den Student\_innen mitgeteilt, dass nicht nur eine höhere Vergütung, sondern auch eine Änderung der inhaltlichen Ausrichtung und Benennung verhandelt wurde. Dieses Ergebnis wurde aber weder im Fachbereichsrat (FBR), noch im Dekanat, noch im Direktorium der Politikwissenschaft deutlich gemacht. Die Institutionen, die über die inhaltliche Ausrichtung des Faches bestimmen sollen - und in denen die Student\_innen ihre zugesicherte Mitbestimmung ausüben können - wurden, möglicherweise absichtlich, übergangen. Es liegt nahe, dass durch die Dethematisierung der Denomination eine inhaltliche Debatte umgangen werden sollte. Der Unmut, der sich jetzt zeigt, war von vorn herein abzusehen.

Im Rahmen des hessischen Hochschulgesetzes müssen Berufungen (auch bei Bleibeverhandlungen) durch eine Berufungskommission bestätigt werden. Der FBR hat am 17.11.2010 eine eingerichtet. Das Protokoll der Sitzung liegt bisher nicht vor und wurde also auch nicht bestätigt. Die Kommission wurde aber unabhän-

gig davon gebildet und hat auch schon getagt, nachdem das Präsidium den ersten Besetzungsvorschlag ablehnte, da fast nur Männer vorgeschlagen waren. Nachdem der Vorsitzende der Kommission in Abwesenheit zum Vorsitzenden gewählt wurde, hat die Kommission die Arbeit aufgenommen.

Dass diese Ungereimtheiten ohne Beanstandungen hingenommen wurden hat nicht zuletzt etwas mit der Einstellung der Beteiligten zur Funktion der Kommission zu tun. Denn wie auch in der Sitzung des Direktoriums, in der die Thematik Henkenborg auf der Tagesordnung stand, deutlich von Prof. Dr. Sigrid Koch-Baumgarten vertreten, scheint die Berufungskommission als formeller Verwaltungsakt angesehen zu werden. Diese hessische Besonderheit sollte schnell und ohne Aufsehen abgehandelt werden. Bemerkenswert ist, dass an dieser Stelle durch Politikwissenschaftler\_innen ignoriert wird, dass diese Kommission eine Kontrollinstanz des Fachbereiches beziehungsweise des Institutes darstellt; eine Instanz, die willkürliche Entscheidungen des Präsidiums verhindern und damit das Präsidium kontrollieren soll. Diese Kontrollfunktion wird von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder faktisch nicht wahrgenommen und/oder abgelehnt.

Aktuell liegt es an den Student\_innen allein, den inhaltlichen Schwerpunkt der Professur zu verteidigen, denn von Professor\_innen und Mittelbau scheint keine Unterstützung in Aussicht.

Nr. 1/2011 ZeitLupe

# Der Prozess um vier Aktivisten der "Anti-Antifa-Wetzlar"

### Trotz mehrjähriger Haftstrafen für die Täter bleibt ein eigenartiger Beigeschmack

Von Matthias Ritter

ald ein Jahr ist es her, dass vier Dextreme Rechte aus dem Umfeld der "Anti-Antifa Wetzlar" und der "Autonomen Nationalisten Wetzlar" einen Brandsatz gegen die hölzerne Eingangstür eines Einfamilienhauses in Wetzlar schleuderten. Sie gingen davon aus, dass es sich um das Domizil eines Pastoralreferenten handeln würde, der sich im "Wetzlarer Bündnis gegen Nazis" engagiert. In der Nacht des Anschlages schliefen dort jedoch dessen Frau und drei der gemeinsamen Kinder. Der Brandsatz, der als "Denkzettel" gedacht war, traf somit Unbeteiligte und hinterließ bei diesen teils schwere psychische Schäden. Das Landgericht in Limburg urteilte nun auf versuchten Mord. Der erst 17-jährige Haupttäter Francesco M. - vertreten durch den Ex-NPD-Funktionär Dirk Waldschmidt - erhielt eine Strafe von fünf tung ein umfangreiches Geständnis ablegte, erhielt milde drei Jahre und neun Monate Haft. Ob einem Revisionsantrag, den die erstgenannten Drei einreichten, stattgegeben wird, ist noch unklar.

Für Beobachter\_innen der mittelhessischen Neonaziszene hatte der gesamte Prozess dennoch einen eigenartigen Beigeschmack. Vielfach drohte der politische Hintergrund der Tat gänzlich in Vergessenheit zu geraten. Dem Engagement des Vertreters der Nebenklage ist es jedoch zu verdanken, dass die politische Einstellung der Angeklagten und eines Großteils der Zeug\_innen immer wieder zurück ins Bewusstsein der Anwesenden geholt wurde. Denn viele Zeug\_innen waren darum bemüht, ein Bild der "Anti-Antifa Wetzlar" zu zeichnen, das den Eindruck einer reinen Saufgemeinschaft verPolitik" habe Straftaten begehen wollen. Eine eigenartige Verkehrung der Tatsachen, die allerdings in die seit langem zu beobachtende "hessische Linie" passt. In Hessen lässt sich seit geraumer Zeit beobachten, dass rechte Straftaten und Aktionen durch Polizei und Staatsanwaltschaft vertuscht, verleugnet oder entpolitisiert werden, was Hessen u.a. einen der untersten Ränge in der Statistik rechter Straftaten beschert.

Vor dem Hintergrund der staatsanwaltschaftlichen Ausführungen hat das Gericht zudem ein fatales Signal für potentielle Aussteiger\_innen gesendet, das sicherlich in der Neonaziszene registriert werden wird. Die endgültigen Strafen aller Angeklagten blieben unter der Forderung der Staatsanwaltschaft. Nur der Angeklagte Oliver W. erhielt die zuvor geforderten fünf Jahre Haft. Allerdings ist dieser der Einzige der Vier, der sich mittlerweile klar von der rechten Szene distanziert und sich in die Obhut des Aussteigerprogrammes IKARUS begeben hat. Da jedoch offensichtlich der politische Hintergrund der Tat auch vom Gericht verhältnismäßig gering bewertet wurde, spielte Olivers Ausstieg bei der Strafmaßfestlegung keine große Rolle. Die für ihn verhängten fünf Jahre sind zwar trotz Ausstieg ein absolutes Mindeststrafmaß, aber die Strafen von Francesco M. und Philipp A., die sich auch weiterhin explizit zu ihrer menschenverachtenden Ideologie und zur Neonazi-Szene bekennen, hätten entsprechend höher ausfallen müssen.

Rückhalt aus der rechten Szene erhielten die Angeklagten kaum. Abgesehen von Marcel K., dem Initiator der Internetseite der "Anti-Antifa Wetzlar", der sporadisch im Zuschauer\_innenraum erschien, waren lediglich Verwandte der Angeklagten und Unterstützer\_innen der Betroffenen vor Ort.



Wetzlarer Neonazis aus dem Umfeld der Täter auf einer Demo im Jahr 2010 [Kentikian]

Jahren und neun Monaten Haft, die er mit einem selbstgefälligen Grinsen quittierte. Die Angeklagten Oliver W. und Philipp A. erhielten je fünf Jahre Haft. Giancarlo F., der die Anderen erst vier Wochen vor der Tat kennengelernt hatte und bei seiner Verhaf-

mitteln sollte. Dies nicht ohne Erfolg, wie das Plädoyer des Staatsanwaltes zeigte. Dieser verstieg sich abschließend zu der Feststellung, es habe sich bei der Wetzlarer "Anti-Antifa" um einen "losen Haufen" gehandelt, der "unter dem Deckmäntelchen der

[Fortsetzung auf Seite 4]

## Fortsetzung von Seite 3

Marcel K. nutzte seine wenigen Auftritte um sich per Handzeichen mit Francesco und Philipp zu verständigen und jene im Zuschauer\_innenraum mit bösen Blicken zu bedenken, die er als links identifizierte. Bei seinen Aussagen im Zeug innenstand war hingegen wenig Interessantes zu hören. Wie auch Daniel W., dem Betreiber des Blogs "Autonome Nationalisten Wetzlar" und Daniel G., einem Protagonisten der "Freien Kräfte Schwalm-Eder", wollte sich auch Marcel an nichts mehr erinnern können. So blieben viele Fragen, die im Zuge des Prozesses aufgeworfen wurden, unbeantwortet. Unklar bleibt etwa. welche Straftaten noch auf das Konto der vier Angeklagten und ihres Umfelds gehen. Denn der Brandanschlag stellt lediglich den Höhepunkt einer ganzen Serie von rechten Anschlägen

dar. Vorausgegangen waren unter anderem Farbanschläge auf Wohnhäuser und Gaststätten. So wurde auch der Gießener Infoladen mit Farbbeuteln beworfen und mit einem Hakenkreuz beschmiert. Da die Angeklagten selbst zu Protokoll gaben, neben dem vermeintlichen Wohnsitz des Pastoralreferenten auch das Franzis in Wetzlar und den Gießener Infoladen als Anschlagsziel gehabt zu haben, wäre hier ein weiteres Nachhaken seitens der Staatsanwaltschaft und seitens des Gerichts notwendig gewesen. Dies blieb allerdings aus, und man beschäftigte sich stattdessen über mehrere Stunden hinweg mit der Frage, ob es sich bei dem verwendeten Molotowcocktail um eine Limonaden- oder eine Wasserflasche gehandelt habe. Wäre man der Frage nach den weiteren Anschlagszielen nachgegangen, wäre es

dem Staatsanwalt wohl um einiges schwerer gefallen den politischen Hintergrund als "Deckmäntelchen für Straftaten" zu bezeichnen.

Während sich neuerdings wieder Neonazis in Wetzlarer Kneipen treffen, sieht sich der Pastoralreferent, den die Neonazis zum Schweigen bringen wollten, Anfeindungen aus dem bürgerlich-konservativen Lager ausgesetzt. Hier wird er als "Linksextremist" diskreditiert, der die Rechten zu der Tat provoziert habe. Eine Täter-Opfer-Umkehr, die einer Stadt zu passen scheint, in der ein Hans-Jürgen Irmer (CDU-Landtagsabgeordneter) seit Jahren für Skandale mit rechtem Hintergrund sorgt. Auf die Stadt Wetzlar und die rechten Tendenzen, die sich dort immer wieder bahnbrechen, wird also auch in Zukunft ein Fokus zu legen sein. 🔑

# Die Gedenkstättenfahrt des ZDM zum ehemaligen Konzentrationslager Breitenau

ZDM-Team

Am 14. Januar 2011 veranstaltete die Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg (ZDM) im Rahmen einer Veranstaltungsreihe mit dem AStA der Universität Marburg, der Jüdischen Gemeinde Marburg und dem DGB Mittelhessen eine Busfahrt zur Gedenkstätte Breitenau bei Kassel.

Das Konzentrationslager Breitenau war in den Jahren 1933-34 eine
Haft- und Zwangsarbeitsanstalt
für politische Gefangene des NSRegimes. Ab 1940 wurde dort ein
Lager für "Schutzhäftlinge" eingerichtet, das als Vorstufe zu einem
Konzentrationslager galt. Von Breitenau aus wurden die Häftlinge in
unterschiedliche Vernichtungslager deportiert. Der Kampf um Entschädigung der überlebenden Häft-

linge Breitenaus verlief wie für den Großteil der Zwangsarbeiter\_innen Nazi-Deutschlands zunächst erfolglos. Diese wurden lange Zeit nicht offiziell als Gruppe der Verfolgten anerkannt. Auch nach dieser Anerkennung konnten jedoch nur wenige Überlebende ihre Ansprüche geltend machen, da der komplexe bürokratische Prozess viele der mittlerweile alt gewordenen Menschen überforderte.

1952 wurde das ehemalige KZ Breitenau in ein Mädchenerziehungsheim umfunktioniert, welches bis 1973 existierte und im Mittelpunkt der von Ulrike Meinhof (späteres RAF-Mitglied) unterstützten "Heimbewegung" stand. Die Heimbewegung wandte sich gegen die repressiven pädagogischen Kon-

zepte von Erziehungsheimen. Auch die Heimpraxis des Mädchenerziehungsheims Breitenau zeichnete sich durch erzieherische Härte und die Pathologisierung vermeintlich nichtweiblicher Verhaltensweisen aus. Die Schließung erfolgte als direkte Konsequenz der durch die Heimbewegung skandalisierten Erziehungspolitik solcher Institutionen.

Diese fortdauernde Nutzung verdeutlicht die Kontinuität der Breitenauer Geschichte als Ort der Demütigung und der Ausgrenzung. Erst mit der Einrichtung der Gedenkstätte und der damit verbundenen Aufarbeitung der an den Anstaltsinsass\_innen verübten Gräuel wurde mit dieser Tradition gebrochen.

Nr. 1/2011 ZeitLupe

Der Charakter der seit den 80er Jahren bestehenden Gedenkstätte unterscheidet sich von den meisten anderen NS-Gedenkstättenkonzepten. Gedenkstättenleiter Gunnar Richter und sein Team legen viel Wert auf ein interaktives Erinnern, bei dem die Besucher\_innen zum Beispiel während der selbstständigen Recherche im Archivbestand aktiv am Gedenkprozess teilnehmen können. Besonderes Merkmal Breitenaus ist die derzeitige Nutzung ehemaliger Lagergebäude durch eine offene Zweigstelle des psychiatrischen Krankenhauses Merxhausen.

Die Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg plant für das Jahr 2011 wieder eine Fahrt nach Breitenau, um das Gedenken an die

regionale NS-Geschichte und die damit verbundenen Leiden der Verfolgten und Ermordeten aufrecht zu erhalten. Weitere Informationen über Breitenau: gedenkstaette-breitenau. de  $\stackrel{>}{\sim}$ 



Die ehemalige Klosterkirche Breitenaus, heute Ort des Gedenkens. [guxhagen.de]

# **Splitter**

## Mythos Dresden weiter beschädigt

Nachdem im Jahr 2010 der jährlich stattfindende Aufmarsch von tausenden Neonazis in Dresden zum ersten Mal in größerem Maße blockiert wurde, gab es auch in diesem Jahr keine geschlossene Demonstration der Nazis durch die sächsische Landeshauptstadt. Über die Jahre war der Aufmarsch in Dresden für das extrem rechte Spektrum zu einem der wichtigsten Anlässe geworden, gemeinsam auf die Straße zu gehen. Die Umdeutung der Geschichte, nach der auch die Deutschen nur Opfer des 2. Weltkriegs gewesen seien, ließ sich als gemeinsamer Nenner der verschiedenen Strömungen der extremen Rechten generieren. Doch gerade hier liegt auch der Anknüpfungspunkt an bürgerliche Diskurse, in welchen ebenfalls oft eine eigene, besondere Opferrolle erfunden wird. Die Bombardierung Dresdens und das Zelebrieren ihres Jahrestags Anfang Februar ist hier sicher das offensichtlichste Beispiel.

Doch nach massiven antifaschistischen Interventionen von verschiedenen Seiten scheint der Mythos Dresden stark angeknackst zu sein. Während sich im Jahr 2010 noch ungefähr 6000 Nazis auf den Weg machten, waren es in diesem Jahr weniger, vermutlich aufgrund des Wissens um antifaschistische Gegenaktivitäten.

Für Marburger\_innen interessant: Der Rechtsanwalt Björn Clemens (Alter Herr der Burschenschaft Rheinfranken) trat in den vergangenen Jahren als Hauptredner der Demonstration auf.

# Sarrazin vor 600 Zuhörer\_innen in Ehringshausen

In Ehringshausen im Lahn-Dill-Kreis veranstaltete die ortsansässige Junge Union (JU) gemeinsam mit der JU Solms-Braunfels-Leun am 9. Februar 2011 eine Lesung mit Thilo Sarrazin (SPD). Sarrazin las aus seinem umstrittenen

Buch "Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen". Darin vertritt er pseudowissenschaftliche rassistische Thesen. Bundesweites Aufsehen erregte seine antisemitische Behauptung, "[a]lle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene, die sie von anderen unterscheiden". Auch parteiintern handelte sich das ehemalige Vorstandsmitglied der Bundesbank massive Kritik ein, die unter anderem in einem Parteiordnungsverfahren mündete.

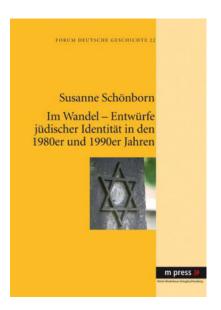
Knapp 600 Zuhörer\_innen waren trotz eines Eintrittspreises von 10,- Euro in der schon im Vorfeld ausverkauften "Volkshalle" in Ehringshausen erschienen. Vor der Halle begleiteten knapp 200 Kritiker\_innen die Veranstaltung mit einer Protestdemo. JU-Vorsitzender Timotheus Gohl feierte die Veranstaltung in der Nachbetrachtung als "Mut machendes Signal gegen Politikverdrossenheit." Sarrazin habe den "Nerv des Publikums" getroffen.

### Erlesenes aus dem Archiv

### Rezensionen unserer Neuzugänge

"Im Wandel – Entwürfe jüdischer Identitäten in den 1980er und 1990er Jahren"

Schönborn, Susanne. Martin Meidenbauer Verlag. München, 2010.



In ihrer Doktorarbeit "Im Wandel -Entwürfe jüdischer Identitäten in den 1980er und 1990er Jahren" hat Susanne Schönborn ein beeindruckendes Kontingent an Zeitungsberichten die Artikel stammen unter anderem aus der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung sowie der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung - zu zentralen politischen Debatten in der BRD zusammen getragen und diese diskursanalytisch ausgewertet. Thematisch wählt sie die Debatten um Bitburg, Fassbinder, den Börneplatz in Frankfurt am Main, den Walser-Bubis-Konflikt sowie die Debatte um die Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion nach Deutschland als Ausgangspunkte, um aus dem Material heraus Schlüsse bezüglich jüdischer Identitätsentwürfe und deren Veränderungen im erwähnten Zeitraum zu ziehen.

Die Nachzeichnung der politischen Debatten wirkt sehr dicht, sie ist gerade auf Grund ihres Detail-Reichtums gut lesbar und informativ; es lässt sich sagen, dass Susanne Schönborns Buch einen fundierten Einblick in einen Ausschnitt jüdischer Zeitgeschichte in Deutschland bietet, dem mitunter auch heute die Frage voran steht, ob und wie man überhaupt als Jüdin oder Jude in Deutschland leben kann.

Kritisch anzumerken ist im Bezug auf das vorliegende Buch dennoch zumindest ein Punkt: Es entsteht über weite Teile des Buches der Anschein, dass eine zentrale Stellung in einer jüdischen Großorganisation, wie etwa dem Zentralrat der Juden in Deutschland oder einer großen jüdischen Gemeinde, erforderlich ist, um sich explizit als Jüdin oder Jude in politischen Debatten in der BRD äußern zu können. Es drängt sich die Frage nach den Personen und ihren politischen Äußerungen auf, die hier keinen Eingang in die Analyse finden. Eine kritische Betrachtung der über die Materialbasis transportierten Machtverhältnisse und der damit einhergehenden Leerstellen wäre an dieser Stelle von Nöten gewesen.

Wanda Erdmann

Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der "Bürgerbewegung Pro Köln" und der "Bürgerbewegung Pro NRW"

Lausberg, Michael. Unrast Verlag. Münster, 2010.



Auf gut 150 Seiten beschreibt Michael Lausberg die zentralen Eckpunkte in der Geschichte der Gruppierungen "Bürgerbewegung Pro Köln" und "Bürgerbewegung Pro NRW". Er schildert den Aufbau und die Entwicklung der sich selbst als rechtspopulistisch bezeichnenden Pro-Bewegung von der Pro-Köln-Gründung im Jahr 1996 bis heute. Besonders hebt Lausberg dabei die kontinuierlichen Beziehungen der Pro-Bewegung zur extremen Rechten hervor. Er bilanziert: "Diese Eigenbezeichnung als RechtspopulistInnen bedeutet jedoch keine Abkehr von extrem rechten Inhalten."

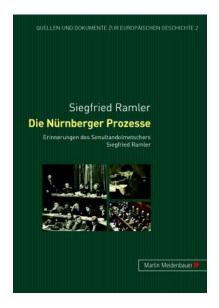
Fundament der politischen Propaganda bilde eine islamfeindliche, rassistische Hetze, die sich in Slogans wie "Ausbildung statt Zuwanderung" oder Protestaktionen gegen den Bau von Moscheen äußere. Die antiziganistische Ausrichtung der Pro-Bewegung werde zum Beispiel bei Wahlkampfaktionen gegen "kriminelle Sinti und Roma" sichtbar. Sie wettere gegen die vermeintlich korrupte Politik: "Pro Köln versucht, aus diesen Korruptionsfällen politisches Kapital zu schlagen und sich als moralische Opposition der hintergangenen Kölner BürgerInnen zu präsentieren." Zudem inszeniere die Bewegung sich regelmäßig als Opfer von linker Gewalt. Lausberg beleuchtet zudem den 2008 ins Leben gerufenen Arbeitskreis "Christen pro Köln", der vor allem durch Kritik an Erneuerungsbestrebungen der katholischen Kirche und homophobe Stimmungsmache von sich Reden macht.

Seine Recherchen dokumentiert der Autor mit vielen Fußnoten, sodass die Möglichkeit der Nachvollziehbarkeit und Weiterrecherche gegeben ist. Darüber hinaus liefert Lausberg jedoch keine inhaltliche Analyse der Pro-Bewegung, sondern beschränkt sich auf eine deskriptive Darstellung.

Casimir de Rosagrano

Die Nürnberger Prozesse. Erinnerungen des Simultandolmetschers Siegfried Ramler

Ramler, Siegfried. Martin Meidenbauer Verlag. München, 2010.



Der Meidenbauer Verlag publizierte 2010 die Erinnerungen Siegfried Ramlers, der bei den Nürnberger Prozessen 1945-49 als Simultandolmetscher bei Gericht Zeuge des Auftretens von Nazis wie Albert Speer, Rudolf Heß und Hermann Göring wurde. Ramler wuchs in Wien als Sohn jüdischer Eltern auf und gehörte nach dem Anschluss Österreichs an Nazideutschland zu den wenigen jüdischen Kindern, die per sogenanntem Kinder-

transport nach London in relative Sicherheit gebracht werden konnten.

Als Simultandolmetscher in Nürnberg saß er Göring, Speer, Heß und Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß gegenüber. "Die ehemals führenden Köpfe des nationalsozialistischen Deutschlands ihrer Position und Macht beraubt zu sehen (...), führte mir in aller Eindringlichkeit vor Augen, was Hannah Arendt einst mit dem Begriff "Banalität des Bösen" auf den Punkt gebracht hat" (S. 187).

Zitate wie dieses verdeutlichen die Position, von der aus Ramler die NS-Zeit und ihre Protagonist innen beurteilt. Seine Analyse ist dabei dezidiert als Gegenthese zu Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker" zu verstehen, der die Schuld der Durchschnittsbevölkerung an den Verbrechen des Nationalsozialismus in den Fokus rückte. Ramler hingegen lässt sich am Rande der dokumentarischen Erzählungen über die Prozessgeschehnisse hinaus dazu verleiten, die Mitläufer innen von ihrer Schuld freizusprechen. Die Realität der NS-Herrschaft habe den Widerstand so sehr erschwert, dass der deutschen Bevölkerung grundsätzlich kein Vorwurf zu machen sei. Dabei lässt Ramler außer Acht, welches gesamtgesellschaftliche Klima den Aufstieg der NSDAP überhaupt erst ermöglichte, und wie viele Deutsche an der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Millionen von Menschen beteiligt waren. Der Vernichtungsapparat des Nationalsozialismus wurde den Deutschen nicht von einer politischen Elite übergestülpt, sondern ging direkt aus ihnen hervor. Diese historische Tatsache spricht Ramler nicht an

Ramlers heikle Analyse der Schuldfrage soll den dokumentarischen Wert seiner niedergeschriebenen Erinnerungen an die Nürnberger Prozesse jedoch nicht mindern. Als Zeitzeugenbericht ist diese Publikation für Geschichtswissenschaft und politische Bildungsarbeit dort von Nutzen, wo Ramler die Gräuel der Vernichtung am Beispiel des Täterindividuums schonungslos zusammenträgt. Dazu dient auch der auszugsweise Abdruck der Dank der Nürnberger Prozesse existierenden eidesstattlichen Erklärung Rudolf Höß': "Kinder in sehr jungen Jahren wurden stets vernichtet, da sie auf Grund ihrer Jugend unfähig waren, zu arbeiten. Noch eine andere Verbesserung gegenüber Treblinka war [abgesehen von der Verwendung eines anderen Tötungsgases und dem Bau größerer Vernichtungskammern], daß in Treblinka die Opfer fast immer wußten, daß sie vernichtet werden sollten, während wir uns in Auschwitz bemühten, die Opfer zum Narren zu halten, und sie im Glauben zu lassen, sie hätten ein Entlausungsverfahren durchzumachen" (S. 107).

Die Erinnerungen Siegfried Ramlers verbinden Autobiografisches mit Weltgeschichte, persönliche Erlebnisse mit den unverrückbaren Folgen nationalsozialistischer Ideologie – ein Buch, das die Lektüre verdient.

Chloe Weißbaum

## **Termine**

#### 30.03.2011, 20 Uhr

Veranstaltung des **ZDM** mit Tanja von Fransecky (Berlin): Flucht als Widerstandsform. Ein neues Kapitel der Holocaustforschung.

Historischer Rathaussaal, Markt 1, Marburg

#### 05.05.2011, 20 Uhr

Veranstaltung des **ZDM** mit Magdalena Marsovszky (Budapest): Ungarns konservative Revolution.

Historischer Rathaussaal, Markt 1, Marburg

#### 17.05.2011, 20 Uhr

Veranstaltung des **ZDM** mit Jörg Kronauer und Hartwig Hohnsbein: Evangelikalismus vs. Emanzipatorische Werte.

Ort wird noch bekannt gegeben, siehe www.zdm-online.de

#### 27.05.2011, 21 Uhr

Mobilisierungsveranstaltung mit der Gruppe lisa:2 (Marburg): "Den Burschentag in Eisenach zum Desaster machen". *Alte Mensa, Reitgasse 11, Marburg* 

#### 14.06.2011, 20 Uhr

Veranstaltung des **ZDM** mit Barbara Manthe: Justiz im Nationalsozialismus. Stadtverordnetensitzungssaal, Barfüßerstraße 50, Marburg

#### 18.06.2011, 14 Uhr

Demonstration gegen den Burschentag der deutschen Burschenschaft.

Informationen unter gegenburschentage.blogsport.de

#### Das ZDM stellt sich vor

Die Zeitgeschichtliche Dokumentationsstelle Marburg (ZDM) e.V. ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein und macht seit mehr als 20 Jahren politische Bildungsarbeit im Raum Marburg. Wir informieren über Aktivitäten extrem rechter Organisationen, veröffentlichen die Zeitschrift "ZeitLupe" und archivieren Publikationen zum Thema Rechtsextremismus. ser unabhängiges Archiv umfasst die Themengebiete Nationalso-Rechtsradikalismus, zialismus, Antifaschismus, Revanchismus, religiöser Fundamentalismus und rechte Jugendkultur. Schwerpunkt der Sammlung sind Materialien, die in üblichen Bibliotheken nicht oder kaum zu finden sind. Das ge-

sammelte Material wird archiviert und ausgewertet. Die Schriftstücke und Dossiers werden interessierten Menschen zur Verfügung gestellt. Hauptsächlich werden Anfragen Iournalist innen, Wissenschaftler innen und Student innen bedient. Im Laufe der Jahre sind zahlreiche Publikationen erschienen, die auf Auswertungen des ZDM zurückgegriffen haben, z.B. "Handbuch des deutschen Rechtsextremismus", "Drahtzieher im rechten Netz" und viele mehr. Das ZDM veröffentlicht eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift mit dem Titel "ZeitLupe" (Auflage: 500 Stk.). Darin enthalten sind z.B. Analysen aktueller Entwicklungen in der rechten Szene in und um Marburg und Rezensionen von Publikationen zu den Themen Rechtsradikalismus und Antifaschismus. Das ZDM arbeitet mit vielen unabhängigen Organisationen zusammen und ist Mitglied im überregionalen "Horizonte e.V. - Netzwerk antirassistischer Bildung". Horizonte, das ZDM und die anderen Gruppierungen haben in den letzten Jahren Vorträge und Veranstaltungen abgehalten, Seminare veranstaltet und Publikationen herausgebracht.

Fördern Sie das ZDM mit einer monatlichen Spende. Als Spender\_in bekommen Sie von uns die Zeitschrift "ZeitLupe" vierteljährlich zugeschickt.

Weitere Infos auf unserer Website: www.zdm-online.de

#### Unten stehendes Formular senden Sie bitte an:

ZDM e.V. Postfach 2327 35011 Marburg

Vielen Dank!

#### Unsere Bankverbindung für Ihre Spenden:

Kontoinhaberin: ZDM e.V. Konto-Nr.: 17554808 BLZ: 51390000

Geldinstitut: Volksbank Mittelhessen

#### Fördermitgliedschaft

Als Spender\_in bekommen Sie von uns die Zeitschrift
"ZeitLupe" vierteljährlich zugeschickt.
Hiermit erteile ich der Zeitgeschichtlichen Dokumentationsstelle
Marburg e.V. eine jederzeit kündbare Einzugsermächtigung

über monatlich \_\_\_\_\_\_ Euro

Konto-Nr., Bankleitzahl

Name, Vorname oder Organisation/Firma

Straße, Haus-Nr.

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum, Unterschrift

E-Mail-Adresse

Spendenbescheinigung erwünscht O Ja O Nein, nicht notwendig

#### **Einmalige Spende / Dauerauftrag**

O lch habe einen Dauerauftrag eingerichtet. O lch habe einmalig Euro überwiesen.
Meine Daten für die (bei Daueraufträgen jährliche) Spendenbescheinigung:
Name, Vorname
Straße, Haus-Nr.
Postleitzahl, Ort
Ort, Datum, Unterschrift
E-Mail-Adresse

Spendenbescheinigung erwünscht O Ja O Nein, nicht notwendig

Für einmalige Spenden unter 100,- Euro genügt der Überweisungs- oder Einzahlungsbeleg und diese Bescheinigung.